

Arbeit solidarisch verteilen

Aufruf zu einer politischen Intervention vom 25. August 2005

(Wortlaut)

Im Bundestagswahlkampf forderten alle Parteien vehement die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Dabei pochten sie ganz überwiegend auf mehr Wirtschaftswachstum, das die unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen sei. Der Umstand, dass selbst ein starkes Wachstum von drei Prozent und mehr die Massenarbeitslosigkeit nicht wirksam reduzieren könnte, wurde so geflissentlich übergangen. Die Politik hält auf diese Weise zwar verbal am Ziel der Vollbeschäftigung fest, verweigert sich aber notwendigen Denkanstößen, die alternative Szenarien anregen. Ein solches entwickelt der Aufruf, den die Attac-AG „Solidarische Arbeitsumverteilung“ initiiert und, gemeinsam mit Gewerkschaftern und Wissenschaftlern, vorgelegt hat. – D. Red.

Es ist gespenstisch. Immer mehr Menschen in Europa sind erwerbslos. Diejenigen, die Arbeit haben, sollen gezwungen werden, länger zu arbeiten, während zur gleichen Zeit andere Menschen unfreiwillig erwerbslos sind. Diesem Irr-Sinn setzen wir die Forderung nach einem modernen Recht auf Arbeit, auf kürzere Arbeitszeiten und eine Politik der solidarischen „Fairteilung“ von Arbeit und Einkommen entgegen.

Massenarbeitslosigkeit ist ein Irr-Sinn. Mit hohen gesellschaftlichen Kosten und negativen Folgen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen. Massenarbeitslosigkeit verstößt gegen Menschenrechte und verhindert eine faire Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Die politische Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit kann gar nicht überschätzt werden. Es handelt sich um DAS zentrale Thema in der real existierenden kapitalistischen Welt. Nur wenn es gelöst wird, kann die immer latente Gefahr rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Bewegungen deutlich vermindert werden.

Die herrschenden Parteien haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt und setzen weiterhin stur auf Wirtschaftswachstum. Was aber, wenn dieses ausbleibt? Auch die politisch forcierte Ausweitung des Niedriglohnsektors wird die sozialen Probleme in Deutschland nicht lösen, sondern nur noch verschärfen. Die herrschende Politik beschäftigt sich nicht einmal ernsthaft mit Konzepten zur radikalen Arbeitszeitverkürzung. Kein Wunder, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von ihr keinen Abbau der Arbeitslosigkeit mehr erwartet.

Die auf Wachstum fixierte Arbeitspolitik ist gescheitert

Deutschland ist im internationalen Vergleich ein reiches Land. Mit großen wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten. Durch immer effizientere Technik, bessere Qualifikationen und wachsende Arbeitsintensität produzieren immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter. Andererseits suchen immer mehr Männer und Frauen Erwerbsarbeit, um sich eine eigenständige materielle Existenz aufzubauen und zu erhalten. Zwischen dem Angebot von Arbeitsplätzen und der Zahl der Arbeit suchenden Menschen klafft eine gewaltige Lücke. In Deutschland sind knapp fünf Millionen Personen erwerbslos.

Mit quantitativem und sogar qualitativem Wirtschaftswachstum allein wird diese Lücke nicht zu schließen sein. Die alte, auf Wirtschaftswachstum fixierte Arbeitsmarktpolitik ist offenkundig gescheitert. Um die heutige Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren, müsste die Wirtschaft jährlich um drei, vier, fünf oder noch mehr Prozentpunkte wachsen. Solche Zuwächse waren auf niedrigem Niveau nach dem Zweiten Weltkrieg möglich. Unter heutigen Bedingungen sind sie pure Illusion. Auch wäre es mehr als fraglich, ob ein solches Wirtschaftswachstum auf Dauer umweltverträglich wäre. Frauen lassen sich nicht mehr an den Herd zurückdrängen. Wer zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit weiter nur auf Wachstum setzt, sitzt in einer ideologischen Sackgasse.

Arbeitszeitverlängerung führt in die Irre

Eine Arbeitszeitverlängerung wäre der falsche Weg. Die knappe Erwerbsarbeit würde bei immer weniger Menschen konzentriert. Gleichzeitig würden andere von einer fairen Beteili-

gung an Arbeit und existenzsichernden Einkommen ausgeschlossen. Bei einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Wochenstunden erhöht sich die Personalkapazität mit einem Schlag – ohne dass irgendwer neu eingestellt würde – um 15 Prozent. Folglich geriete jeder 7. Arbeitsplatz in Gefahr. Arbeitszeitverlängerung ist daher beschäftigungs-politisch kontraproduktiv und erzeugt noch mehr Arbeitslosigkeit.

Auch andere Gründe sprechen gegen den geforderten Zwang zur Arbeitszeitverlängerung. Der Erhalt unserer Gesundheit ist wesentlicher Teil eines guten Lebens. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass lange Arbeitszeiten zu Überforderungen führen und die Gesundheit gefährden. Rücken- und Kopfschmerzen, Nervosität und psychische Erschöpfung, Schlafstörungen, Magenschmerzen und Herz-/Kreislaufprobleme sind bei Menschen mit langen Arbeitszeiten deutlich stärker verbreitet als bei ihren kürzer arbeitenden Kollegen. Arbeitszeitverlängerung ist familien-, frauen- und kinderfeindlich. Wer eine familienfreundliche und geschlechtergerechte Arbeitswelt will, kann nicht gleichzeitig Arbeitszeitverlängerung fordern. Wir brauchen ausreichend Zeit zum Leben, Lachen und Lieben. Erst dann können Partnerschaften und Familien als Genuss, Kinder als Glück erlebt werden.

International: Spirale nach unten

Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus zeigt ebenfalls, dass Arbeitszeitverlängerung auch international ein Irr-Weg ist. Denn ein Zwang zu längeren Arbeitszeiten beim Exportweltmeister Deutschland erzeugt sofort Druck auf wirtschaftlich schwächere Länder und zwingt sie, dieser fatalen Logik zu folgen, in der Konkurrenz nachzuziehen und Arbeitszeiten ebenfalls auszudehnen. Von Deutschland würde ein falsches Signal ausgehen und eine Spirale der Arbeitszeitverlängerung in Gang gesetzt. Wer könnte sich dem entziehen? Die Folge wäre, dass bald überall in Europa länger gearbeitet werden müsste. Niemandem wäre geholfen und allen geschadet.

Perspektivwechsel: Arbeitszeit neu denken – ein Weg aus der Sackgasse

Wenn die Zahl der Erwerbslosen hoch ist, muss die knappe Erwerbsarbeit besser verteilt werden. Bei einer fairen Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf alle Erwerbsarbeit suchenden Männer und Frauen wird die durchschnittliche Arbeitszeit nicht bei 40 Wochenstunden oder mehr liegen, sondern deutlich niedriger. Wir fordern daher ein modernes Recht auf Arbeit, eine „Vollbeschäftigung neuen Typs“ mit kürzeren Arbeitszeiten. Durchschnittlich 30 Arbeitsstunden in der Woche oder eine entsprechende Jahres- bzw. Lebensarbeitszeit sind genug.

Dies ist keine starre Norm, sondern eine neue gesellschaftliche Orientierung. Ein Perspektivwechsel und eine neue Zielmarke für Politik, Tarifparteien, Unternehmen und Individuen. Bei der konkreten Umsetzung sind – neben den jeweiligen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt – die persönlichen Bedürfnisse und Wünsche der Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen zu berücksichtigen. Geschlechterdemokratie für Männer, Frauen und Kinder gehört zur neu zu denkenden Arbeitszeit. Wenn beispielsweise Kinder klein oder Alte pflegebedürftig sind, könnten Männer und Frauen kürzer arbeiten, zu anderen Zeiten länger. Im Durchschnitt aber sollten die Arbeitszeiten die gesellschaftliche Zielmarke der 30-Stunden-Woche anstreben. Bei weiterem Fortschritt der Arbeitsproduktivität könnten die durchschnittlichen Arbeitszeiten langfristig weiter gesenkt werden.

In Ländern mit durchschnittlich kurzen Arbeitszeiten ist die Arbeitslosigkeit relativ gering. Nirgendwo in Europa arbeiten die Beschäftigten durchschnittlich so kurz wie in den Niederlanden. Dort lag die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Teilzeitarbeit) im Jahre 2004 bei nur 29,8 Stunden gegenüber 35,5 Stunden im Durchschnitt der 15 alten EU-Länder. Gleichzeitig gehörte in den Niederlanden die Arbeitslosenquote mit 4,6 Prozent) zu den niedrigsten, während der Durchschnittswert bei 8 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in unterschiedlichen Kombinationen in Dänemark und Schweden.

Solidarische Arbeitszeitverkürzung ist ein Weg, Beschäftigung zu sichern und Entlassungen zu vermeiden. In der deutschen Metall- und Elektroindustrie wurden bereits 1994 Tarifverträge abgeschlossen, auf deren Grundlage die Arbeitszeit betrieblich bis auf 28,8 Wochenstunden abgesenkt werden kann, um knappe Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen

und Arbeitsplätze zu sichern. Bereits über 20 Prozent aller Unternehmen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben zeitweise Arbeitszeiten nach diesem Modell verkürzt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die große Mehrheit von Geschäftsleitungen und Betriebsräten ihre Erfahrungen mit beschäftigungssichernder Arbeitszeitabsenkungen positiv bewerten.

Auch in anderen Branchen, zum Beispiel in großen Zeitungshäusern, wurde die Arbeitszeit verkürzt und bereits bis auf 32 Stunden gesenkt. In Kindertagesstätten und Schulen wurden ebenfalls schon Arbeitszeiten abgesenkt, um in einer solidarischen Aktion zu verhindern, dass KollegInnen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Sozial gestaffelter Einkommensausgleich

Wir wissen aufgrund der deutschen und europäischen Erfahrungen, wie schwer es ist, tatsächlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist ein großes gesellschaftliches Projekt, eine zentrale Aufgabe für heute und für die nächsten Generationen, um ihnen gesellschaftliche und erwerbsmäßige Teilhabe zu ermöglichen. Es bedarf einer großen politischen, kollektiven und individuellen Anstrengung und eines Machtzuwachses, um gegen die mächtigen Kapitalinteressen eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Wenn bei einer solidarischen Umverteilung von Erwerbsarbeit nicht nur Entlassungen vermieden, sondern die durch Arbeitszeitverkürzung frei werdende Arbeitszeit für Neueinstellungen genutzt wird, verteilen sich Arbeitszeit und Einkommen auf mehr Menschen. Die Zahl der Beschäftigten steigt.

Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzungen mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen, Singles ohne Unterhaltsverpflichtungen oder Paare mit zwei vollen Einkommen scheint der vorgeschlagene Tausch von Geld gegen freie Zeit in der Regel auch ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist ein gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auch auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich.

Für weniger Verdienende und Menschen mit Unterhaltspflichten sind aber finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit frei werdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen eingesetzt werden.

Menschliche Arbeit ist nicht nur und nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit. Aber die Verkürzung und Neuverteilung von knapper Erwerbsarbeit ist ein wesentliches Element für eine neue Arbeitspolitik, die auf gesellschaftliche Solidarität und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gerichtet ist. Hierzu gehören als weitere Bausteine

- ein oberhalb der Armutsgrenze angesiedelter gesetzlicher Mindestlohn,
- die Möglichkeit, sich – öffentlich unterstützt – in gesellschaftlich nützlichen Aufgabefeldern selbst Arbeitsplätze zu schaffen,
- ein nicht an Erwerbsarbeit gebundenes existenzsicherndes Grundeinkommen.

„Arbeitsfairteilung“ – ein gesellschaftliches Projekt

Eine Politik der Neuverteilung von Arbeit setzt den durch Massenarbeitslosigkeit verursachten Existenzängsten vieler Menschen ein positives, auf Solidarität gerichtetes Projekt entgegen. Sie ist mehr als nur Tarifpolitik und erfordert auch neue Wege, den Zeitgewinn kreativ zu nutzen: für ehrenamtliches Engagement, für Allgemeinbildung, künstlerisches Schaffen, Spiritualität, mehr Zeit für Kinder, Sport und Gesundheitspflege.

Die neue „Arbeitsfairteilung“ ist kein bereits vollständig fixiertes, einfach anzuwendendes Rezept. Wir verkennen auch nicht die ideologischen Vorbehalte, politischen Hemmnisse und praktischen Umsetzungsprobleme. Entscheidend ist der politische Wille, den Skandal Massenarbeitslosigkeit ernsthaft anzugehen, auch wenn das heißt, sich der Diktatur der Märkte und ihrer Nutznießer entgegenzustellen. Noch einmal: Massenarbeitslosigkeit ist nicht eins unter vielen Problemen. Es ist DAS Problem. Viele Fragen sind offen und müssen in gesellschaftlichen, betrieblichen und individuellen Diskursen thematisiert und gelöst werden. Einige Ansatzpunkte und Handlungsschritte können aber schon benannt werden:

– Statt der Verlängerung gehört die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten auf die Tagesordnung von Politik, Tarifparteien und Medien. Ziel ist die Durchsetzung der 30-Stunden Woche bis 2010 überall in Europa.

– Freiwillige Teilzeitarbeit ist in den verschiedensten Formen zu ermöglichen, gesellschaftlich und betrieblich aufzuwerten, finanziell zu fördern und sollte von möglichst vielen Menschen genutzt werden können.

– Überstunden sind, wo immer möglich, abzubauen.

– Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, zum Beispiel zur Betreuung von Kindern oder Alten, für Weiterbildung, für bürgerschaftliches Engagement und für originelle Projekte sollten erleichtert, negative Folgen für die zeitweilig aussteigenden Individuen möglichst ausgeschlossen werden.

– Beschäftigungsbrücken zwischen alten und jungen Menschen können – bei entsprechender Ausgestaltung – mit geringen finanziellen Aufwendungen die Arbeitslosigkeit junger Menschen erheblich mindern. Solche Modelle sind zu erhalten, weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht auszubauen.

– Kürzere Arbeitszeiten sind auch finanziell aufzuwerten. Wenn Menschen einen Teil ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens abgeben und dadurch anderen den Einstieg in Erwerbsarbeit möglich machen, ist das positiv anzuerkennen und auch materiell zu fördern. Die Grundidee ist einfach: Die mit besonders langen Arbeitszeiten erzielten hohen Einkommen werden steuerlich und/oder bei den Sozialabgaben stärker belastet (Malus), kürzere Arbeitszeiten dagegen von Einkommenssteuer und/oder Sozialabgaben entlastet (Bonus).

Aufforderung zum Mit-Tun

Eine neue solidarische Arbeitszeitpolitik ist auch jenseits von Tarifpolitik eine ernsthafte gesellschaftspolitische Herausforderung für

– globalisierungskritische Bewegungen,

– eine europäische und globale Politik von Gewerkschaften und

– ein breites Bündnis von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und neuen politischen Initiativen.

Es geht darum, das Tabu zu brechen, das das Thema Arbeitszeitverkürzung und die faire Verteilung von Arbeit und Einkommen umgibt. Die Erfolgchancen für eine neue solidarische Arbeitspolitik sind um so größer, je mehr Menschen sich dafür einsetzen – als Individuen, in Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und in der Politik. Überall in Europa. Wir wenden uns daher gleichermaßen an konservativ, christlich, sozial, ökologisch oder sozialistisch orientierte Menschen und Organisationen und bitten sie, sich dafür einzusetzen, dass das gesellschaftliche Projekt der solidarischen Umverteilung der Arbeit auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Herbert Behrens (ver.di Bremen); Halina Bendkowski (Feministische Unternehmerin); Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (AG Alternative Wirtschaftspolitik); Dr. Jürgen Borchert (Sozialrichter Heidelberg); Michael Bouteiller (ehem. OB von Lübeck); Dr. Ulrich Brand (Wiss. Beirat attac); Prof. Dr. Michael Brie (Rosa-Luxemburg-Stiftung); Prof. Dr. Chris Brückner (FH München); Daniela Dahn (Schriftstellerin Berlin); Prof. Dr. Alex Demirovic (Univ. Frankfurt a. M.); Klaus Drechsel (WASG/GEW); Prof. Dr. Hans Peter Dürr (Univ. München); Prof. Dr. Angela Fiedler (FHTW Berlin); Prof. Dr. Hajo Funke (FU Berlin); Daniela Gottschlich (Frauenforscherin/Univ. Osnabrück); Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin/Berliner Sozialforum); Sven Giegold (attac); Dieter Gleichfeld (Gewerkschaftssekretär ver.di); Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Univ. Frankfurt a. M.); Detlef Hensche (ehem. Vors. der IG Medien/ver.di); Lutz Herden (Chefredakteur Freitag); Volker Hesse (Intendant Maxim Gorki Theater Berlin); Prof. Dr. Rudolf Hickel (Univ. Bremen/AG Alternative Wirtschaftspolitik); Thilo Hopp (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Helmut Horst (attac); Heiko Kaufmann (Pro Asyl); Roland Klautke (attac Berlin); Dr. Barbara Knab (München); Prof. Dr. Michael Krätke (Univ. Amsterdam); Prof. Dr. Rolf Kreibich (Direktor Institut für Zukunftsforschung und Technologiebewertung); Stephan Krull (VW-Betriebsrat IG Metall Wolfsburg); Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf (Uni Mar-

burg); Prof. Dr. Manfred Liebel (TU Berlin); Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Univ. Osnabrück/Wiss. Beirat attac); Percy MacLean (Verwaltungsrichter Berlin); Prof. Dr. Erhard Meuler (Groß-Umstadt); Till Mossakowski (attac); Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg (FU Berlin/Wiss. Beirat attac); Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr (FU Berlin/Komitee für Grundrechte und Demokratie); Prof. Dr. Wolfgang Neef (TU Berlin); Prof. Dr. Oskar Negt (Univ. Hannover); Anne Neugebauer (Frauen-Aktionsbündnis Münster/GAL); Prof. Dr. Michael Opielka (FH Jena/zurzeit UC Berkeley); Dieter Plehwe (Wissenschaftszentrum Berlin); Ekkart Remoli (Gustav-Heinemann-Initiative Leipzig); Jutta Roitsch (Journalistin Frankfurt); Jürgen Reents (Chef-Redakteur Neues Deutschland); Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter (Univ. Gießen); Dr. Edelbert Richter (ex-MdB/Theologe); Johannes Roscher (ehem. Beauftragter der EKD für Arbeitslosigkeit); Prof. Dr. Roland Roth (FH Magdeburg/Komitee für Grundrechte und Demokratie); Annelie Rüling (Wiss. Mitarbeiterin FU Berlin); Prof. Dr. Birgit Sauer (Univ. Wien); Dr. Claus Schaefer (WSI); Dr. Albert Scharenberg (Blätter für deutsche und internationale Politik); Irmtraud Schlosser (DGB-FU Kooperationsstelle Berlin); Edgar Schu (Aktionsbündnis Sozialprotesten, Göttingen); Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann (Univ. Bremen); Alice Schwarzer (Herausgeberin von Emma); Prof. Dr. Joachim Sikora (Katholisch Soziales Institut); Sylvia Skrabs (Verdi-Gewerkschaftssekretärin); Prof. Dr. Helmut Spitzley (Univ. Bremen); Sybille Stamm (Vors. ver.di Baden-Württemberg); Dr. Gabriele Sterkel (ver.di-Gewerkschaftssekretärin); Peter Strotmann (attac Berlin); Prof. Dr. Gerburg Treusch-Dieter (FU Berlin); Benedict Ugarte Chacan (Projekt Arbeit fair teilen); Eberhard Umbach (Univ. Osnabrück); Prof. Dr. Fritz Vilmar (FU Berlin/attac); Reinhard Voß (Generalsekretär Pax Christi Deutschland); Peter Wahl (Mitglied attac-Koordinierungskreis); Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach (FU Berlin); Jörg Wiedemuth (ver.di-Gewerkschaftssekretär); Anne Wihstutz (wiss. Mitarbeiterin HU Berlin); Markus Wissen (Institut für Regionalentwicklung/BUKO); Dr. Angelika Zahrt (Präsidentin BUND); Birgit Zenker (Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands).

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn.

Verlagsleitung und Bonner Büro: Karl D. Bredthauer, E-Mail: karl.bredthauer@blaetter.de.

Geschäftsführerin: Annett Mängel, Telefon 030/30 88 36 43, Fax 030/30 88 3645.

Bankverbindung: Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502.

Vertrieb: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, PF 54 02 46, 10042 Berlin,

Aboverwaltung und Vertriebsleitung: Daniel Leisegang, Telefon 030/30 88 36 44, Fax 030/30 88 36 45.

E-Mail: abo@blaetter.de – *Internet:* www.blaetter.de

Redaktion: Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg, Torstraße 178, 10115 Berlin;

Postanschrift: PF 54 02 46, 10042 Berlin. Telefon 030/30 88 36 40 (Zentrale),

030/30 88 36 42 (v. Lucke), 030/30 88 36 43 (Mängel), 030/30 88 36 41 (Scharenberg),

Fax 030/30 88 36 45. E-Mail: redaktion@blaetter.de.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Anzeigen: Annett Mängel 030/30 88 36 43. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Satz, Layout: Klaufner Medien Service, Köln. *Druck:* Druckhaus Locher GmbH, Köln.

An dieser Ausgabe wirkten als Redaktionspraktikantinnen Roya Mobasher und Anke Naefe mit.

Blätter-Gesellschaft: Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 10 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Wurzerstr. 136, 53175 Bonn; Geschäftsstelle: PF 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 102871 700.

Preis des Einzelheftes 8,50 Euro, im Abonnement jährlich 66,60 Euro bzw. 50,40 Euro (Mindestpreis). Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft.

Heft 12/2005 wird am 1.12.2005 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E

